



Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a.
 Archiv und Bibliothek

Das **Julius-Leber-Forum** ist das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Seit 1995 bieten wir in diesen drei Ländern Veranstaltungen zur politischen Bildung an: von öffentlichen Diskussionsforen über Ausstellungen, Exkursionen und Jugendbeteiligungsprojekte bis hin zu Kompetenztrainings, Webinaren und einem eigenen Podcast.

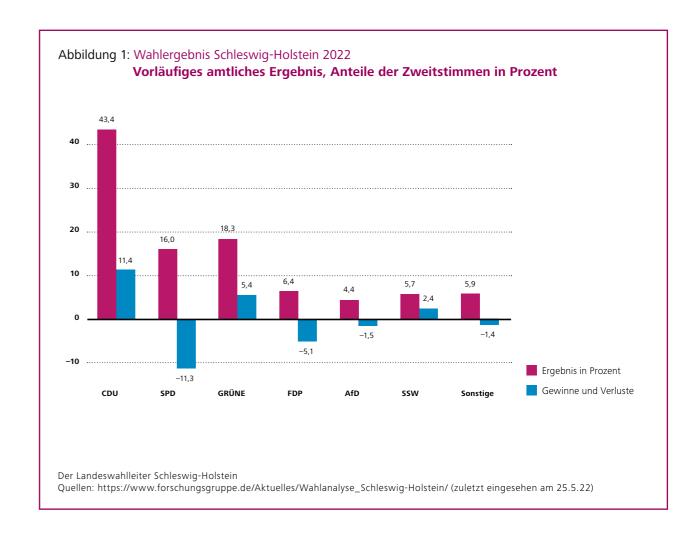
Inhalt

- 3 Die Ergebnisse
- 5 Der Wahlkampf
- 7 Faktoren für den Wahlausgang
- 11 Einige Schlussfolgerungen
- 13 Links und Quellen

Das Ergebnis der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai ist in mehreren Hinsichten historisch: Es gab Spitzenwerte für die Grünen und den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), einen Tiefstwert für die Sozialdemokratie und erstmals hat die AfD den Wiedereinzug in ein Landesparlament verpasst.

Diese kurze Wahlanalyse beruht auf den Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen (für das ZDF) und von infratest dimap (für die ARD), einer Auswertung von Medienartikeln nach der Wahl und den Aussagen des Politikwissenschaftlers Professor Wilhelm Knelangen (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) und von Sönke Rix, MdB und stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 12.5.2022. Diese Analyse erhebt keinerlei Anspruch auf inhaltliche Vollständigkeit.

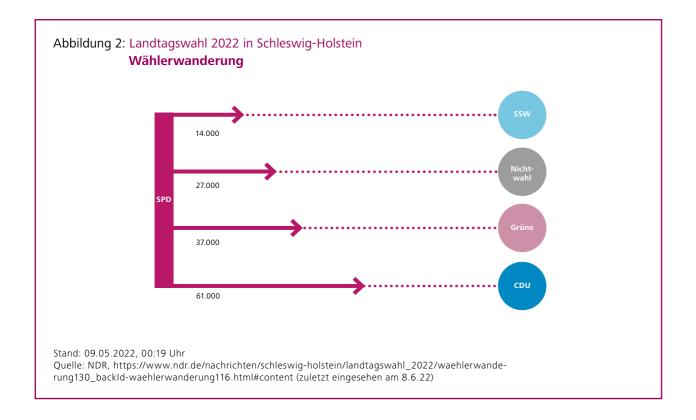
Die Ergebnisse



Den starken Gewinnen von CDU und Grünen stehen Verluste in ähnlicher Höhe bei SPD und FDP gegenüber. Auch der SSW konnte Stimmen hinzugewinnen, während die Verluste der AfD diese unter die Fünf-Prozent-Hürde und damit aus dem Landtag führten. Die Linke (1,7 %, 2017 waren es 3,8 %) spielt in Schleswig-Holstein politisch keine Rolle. Die Wahlbeteiligung ist um 3,9 Prozentpunkte auf 60,3 % gesunken. Somit haben vier von zehn Bürger_innen nicht mitgewählt, in absoluten Zahlen mehr, als die CDU Stimmen gewonnen hat.

Die SPD verlor rund 180 000 Stimmen und wurde noch von knapp 222 000 Wähler_innen gewählt (2017: 402 000). Die Statistiken zur Wählerwanderung zeigen, dass nur vier von zehn SPD-Wähler_innen des Jahres 2017 auch in diesem Jahr ihr Kreuz bei der Sozialdemokratie gemacht haben. Die SPD verlor dabei in alle Richtungen, sowohl an die CDU als auch an die Grünen und an das Lager der Nichtwählenden.

Diese Diskussion ist in gekürzter Fassung als Podcast-Folge von der FES veröffentlicht worden: https://soundcloud.com/user-403206574/folge-58 [zuletzt eingesehen am 8.6.2022].



32 Direktmandate hat die CDU gewonnen (+ 7), drei die Grünen (+ 3), die Sozialdemokratie hingegen keines (- 10). Die Erststimmenergebnisse der SPD liegen fast durchgehend über dem Zweitstimmenergebnis und schwanken zwischen 15,6 % (Flensburg-Land) und 28,4 % (Lübeck-West). Nur in wenigen Wahlkreisen war die Entscheidung über das Direktmandat knapp.²

Im neuen Landtag hat die CDU mit 34 Mandaten (+9) die absolute Mehrheit nur um einen Sitz verfehlt. Die Grünen errangen 14 Sitze (+ 4), die SPD 12 (– 9), die FDP fünf (– 4) und der SSW vier Sitze (+ 1). Damit gäbe es eine Landtagsmehrheit sowohl für eine schwarz-grüne als auch für eine schwarz-gelbe Koalition. Die rechnerisch ebenfalls möglichen Koalitionen der CDU mit SPD oder SSW sind politisch wenig wahrscheinlich. Ministerpräsident Daniel Günther hatte zwei Tage nach der Wahl angekündigt, das bisherige "Jamaika"-Bündnis fortführen zu wollen, obwohl eine Zwei-Parteien-Koalition bereits eine Mehrheit hätte. Die Sondierungsgespräche dazu scheiterten jedoch. Am 25. Mai nahmen CDU und Grüne Koalitionsverhandlungen auf, mit deren erfolgreichem Abschluss bis Ende Juni zu rechnen ist.

Der Wahlkampf

Der schleswig-holsteinische Landtagswahlkampf wurde stark von äußeren Faktoren beeinflusst. Ein Vorwahlkampf zu Jahresbeginn war aufgrund der nach wie vor geltenden Regeln zum Infektionsschutz und angesichts der dynamischen Ausbreitung der Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus kaum möglich. Digitale Angebote der Parteien erzielten in dieser Zeit nur mäßige Resonanz, die sich im Wesentlichen auf überzeugte Stammwähler_innen beschränkt haben dürfte. In der heißen Wahlkampfphase des Frühjahrs dominierte dann der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die Nachrichten und machte es den Wahlkämpfenden schwer, mit landespolitischen Themen Gehör zu finden. Entsprechend stellt der Kieler Politologe Wilhelm Knelangen im FES-Podcast die rhetorische Frage: "War überhaupt irgendwas im Wahlkampf?"

Die **CDU** setzte im Wahlkampf sehr stark auf ihren Spitzenkandidaten Daniel Günther. Inhaltliche Akzente blieben nahezu komplett aus und auch die Direktkandidat_innen beschränkten sich zumeist auf eine Großveranstaltung mit dem Ministerpräsidenten. Entsprechend lautete der zentrale Slogan der Kampagne schlicht "#kurSHalten"³. Der Bundesvorsitzende Friedrich Merz spielte nach den Ergebnissen der Nachwahlbefragung für die Wahlentscheidung in Schleswig-Holstein nur eine sehr geringe Rolle.⁴

Die **SPD** setzte demgegenüber auf einen Themenwahlkampf und betonte mit den zentralen Plakatmotiven acht Themen, darunter die kostenfreie Kita, die Digitalisierung der Schulen, ein Tariftreuegesetz, Wohnungsbau und Klimaschutz⁵, in den Vordergrund. Selbstkritisch meinte der stellvertretende Landesvorsitzende Sönke Rix wenige Tage nach der Wahl im FES-Podcast, das ambitionierte Programm habe wohl zu viele Themen umfasst, sodass eine Zuspitzung in den Augen der Wähler_innen nicht gelungen sei. Der Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller wurde im Oktober 2021 einer überraschten Öffentlichkeit präsentiert. Er war zu dem Zeitpunkt im Land weitgehend unbekannt. Dies konnte er zwar im Verlauf des Wahlkampfes in einem gewissen Maße ändern, blieb aber in der Direktwahlfrage stets weit hinter dem Ministerpräsidenten zurück. Zugleich begleitete der Diskurs, Losse-Müller sei unbekannt, die SPD-Kampagne von Anfang an und wurde so zu einer Überzeugung vieler Menschen, auch wenn der Vorwurf am Ende des Wahlkampfes deutlich weniger zutraf als zu Beginn.⁶ Die Hoffnung auf "Rückenwind aus Berlin" durch die SPD-geführte Bundesregierung erfüllte sich nicht. Näherte sich die SPD in Umfragen kurz nach der Bundestagswahl noch kurzzeitig den Werten der CDU an, so verpuffte dieser Effekt schnell. Die meisten Analyst_innen sehen es wie Wilhelm Knelangen, der am 12. Mai bei der FES sagte, Olaf Scholz habe der SPD in Schleswig-Holstein sicherlich nicht geschadet, aber auch nicht genützt.⁷

² Alle Wahlkreisergebnisse finden sich hier: https://www.landtagswahl-sh.de/ergebnispraesentation.html [zuletzt eingesehen am 8.6.22].

³ Vgl. den zentralen Wahlwerbespot: https://www.youtube.com/watch?v=TSagVWNpRrM [zuletzt eingesehen am 8.6.2022].

⁴ Vgl. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-05-08-LT-DE-SH/umfrage-cdu.shtml [zuletzt eingesehen am 8.6.2022].

⁵ Vgl. https://www.spd-schleswig-holstein.de/sozial-digital-klimaneutral-unsere-kampagne-zur-landtags-wahl-in-schleswig-holstein-am-08-05-2022/ [zuletzt eingesehen am 8.6.2022].

⁶ Daten dazu folgen weiter unten in dieser Analyse.

⁷ Die Daten von infratest dimap bestätigen diese Einschätzung. Nur 27 % der Befragten glaubten, der Bundeskanzler habe der SPD im schleswig-holsteinischen Wahlkampf genützt. Vgl. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-05-08-LT-DE-SH/umfrage-spd.shtml [zuletzt eingesehen am 8.6.2022].

Dies war bei den **Grünen** in der Person von Robert Habeck anders, der nicht nur ein positiv bewerteter Bundespolitiker, sondern bekanntermaßen auch Schleswig-Holsteiner ist und im Wahlkampf vergleichsweise häufig auftrat. Die Landespartei hatte mit Finanzministerin Monika Heinold eine Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin aufgestellt und im Wahlkampf mit einer Doppelspitze, bestehend aus ihr und der jungen Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré, agiert. Beide ergänzten einander gut und sprachen so verschiedene Wähler_innensegmente an. Thematisch einte die Grünen-Wähler_innen die Sorge um das Klima. Haben landesweit 16 % der Befragten dieses Thema als wichtigste Aufgabe genannt, waren es unter den Grünen-Anhänger_innen 56 %. Somit haben die Grünen die stärkste inhaltliche Klammer für ihre Wähler_innenschaft. Allerdings muss trotz der großen Zugewinne festgehalten werden, dass die Grünen das Wahlziel, die Ministerpräsidentin zu stellen, deutlich verfehlt haben und von den Umfrage- oder auch den Wahlergebnissen während der Legislatur weit entfernt waren (Europawahl 2019: Wahlsieg mit 29,1 %, Umfragewert von 27 % im Mai 2021).

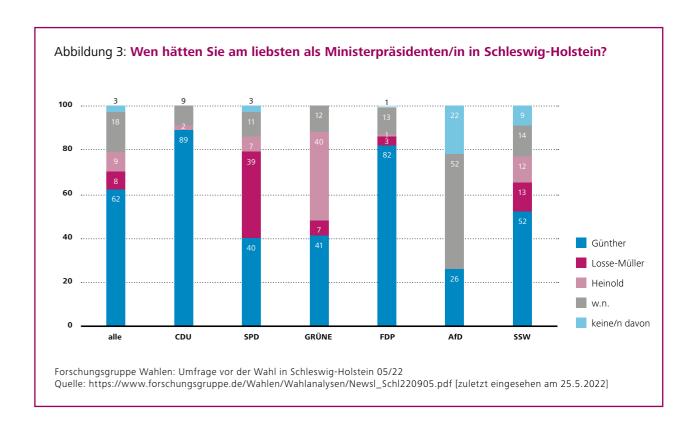
Die **FDP** hat sich im Wahlkampf früh auf eine Fortsetzung der Regierungszusammenarbeit mit der CDU festgelegt, was zugleich bedeutete, dass die Option einer SPD-geführten Ampel-Koalition in Schleswig-Holstein nie besonders realistisch war. Die beiden Landesminister Bernd Buchholz und Heiner Garg genießen zwar auch über FDP-Kreise hinaus Ansehen, konnten aber als Personen offenbar weniger begeistern als vor fünf Jahren der damalige Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki.

Faktoren für den Wahlausgang

In den medialen Wahlanalysen werden als vier wichtigste Faktoren, die den Wahlausgang stark beeinflusst haben, genannt: der Personenfaktor, der generelle Rückenwind für "grüne" Themen, die mangelnde Möglichkeit zur Opposition in Pandemiezeiten sowie die fehlende Machtoption jenseits der CDU.

Der Personenfaktor

Fraglos hat Daniel Günther großen Anteil am Erfolg der CDU in Schleswig-Holstein. Er ist der derzeit beliebteste Ministerpräsident in Deutschland (85 % Zustimmung¹¹) und selbst Anhänger_innen der Grünen und der SPD präferierten ihn als Ministerpräsidenten.



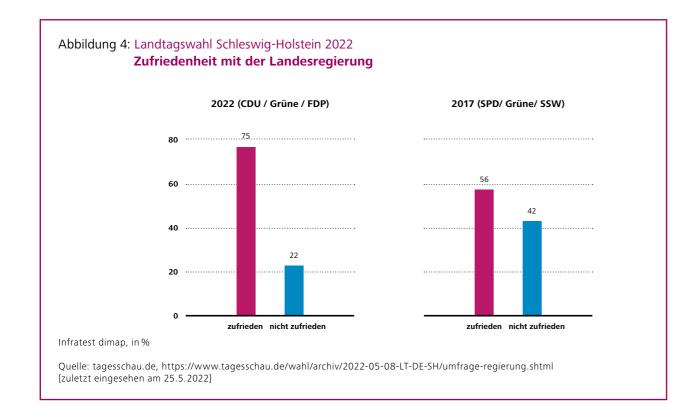
Auch die Zufriedenheit mit der Landesregierung insgesamt war mit 75 % sehr hoch – und umfasste auch Anhänger_innen der SPD. Dies war bereits in der FES-Umfrage im August 2020 der Fall, sodass es der SPD offenkundig nicht gelungen ist, den Menschen die real durchaus bestehenden Schwächen der "Jamaika"-Regierungszeit zu vermitteln (zum Beispiel stockender Windenergieausbau, gebrochene Wahlversprechen der CDU in Bezug auf den A20-Ausbau, Abschaffung des Tariftreuegesetzes mit Zustimmung der Grünen).

^{8 69 %} der Befragten stimmten der Aussage zu, Habeck sei "für die Grünen in Schleswig-Holstein eine große Unterstützung". Vgl. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-05-08-LT-DE-SH/umfrage-gruene.shtml [zuletzt eingesehen am 8.6.2022].

⁹ Vgl. ebo

¹⁰ Die Zahlen stammen vom Portal wahlrecht.de: https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/schleswig-holstein.htm [zuletzt eingesehen am 25.5.2022].

¹¹ Vgl. https://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Schleswig-Holstein/ [zuletzt eingesehen am 25.5.2022].

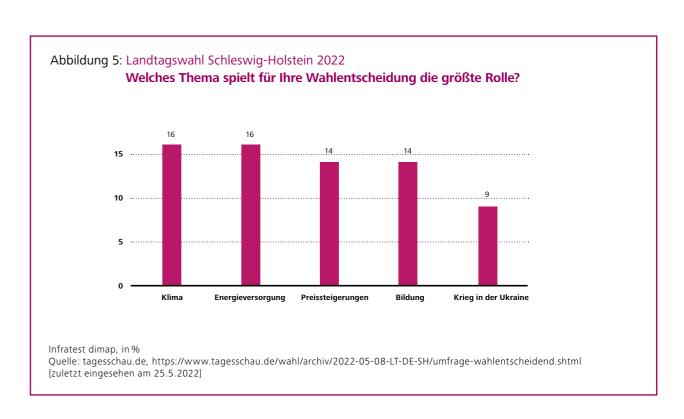


Entsprechend lag Daniel Günther in der Direktwahlfrage stets weit vor seinen beiden Herausforder_innen und ausschließlich CDU-geführte Koalitionsoptionen wurden mehrheitlich positiv bewertet, eine Regierung von SPD, Grünen und FDP demgegenüber mit 54% mehrheitlich negativ.

Dem beliebten amtierenden Ministerpräsidenten stand mit Thomas Losse-Müller ein vergleichsweise neuer landespolitischer Akteur gegenüber, der zudem erst kurze Zeit Mitglied der SPD ist. Auch wenn es Losse-Müller gelungen ist, die Zufriedenheit mit seiner Arbeit kontinuierlich zu steigern, blieb er weit hinter den Werten Günthers. Im Wahlkampf wurde das Narrativ vom unbekannten Losse-Müller vielfach wiederholt, sodass Sönke Rix bei der Wahlanalyse der SPD sagte, dass die Menschen am Ende den Eindruck gehabt hätten, den SPD-Kandidaten gar nicht kennen zu dürfen. An dieser Aussage ist etwas Wahres, denn es hat der SPD sicherlich nicht genützt, selbst immer wieder auf die Beliebtheit des Ministerpräsidenten und die vergleichsweise geringe Bekanntheit des eigenen Spitzenkandidaten hinzuweisen. Beide Aussagen sind negativ für die SPD. Zudem ist Bekanntheit für Landespolitiker_innen jenseits des Regierungschefs schwer zu erlangen, wie das Beispiel Monika Heinolds zeigt: Im März 2022 kannten sie nur etwas mehr als die Hälfte der Schleswig-Holsteiner_innen (52 %) – und das nach zehn Jahren im Amt der Finanzministerin und stellvertretenden Ministerpräsidentin. Demgegenüber ist der damals gemessene Bekanntheitswert Losse-Mülles mit 26 % nicht schlecht. In der Direktwahlfrage lag Losse-Müller bei der letzten NDR-Vorwahlumfrage nahezu gleichauf mit Heinold (8 % zu 10 %) – aber beide waren weit entfernt von Daniel Günther (62 %).12

Rückenwind für "grüne" Themen

Thematisch hat der Ukraine-Krieg eine Verschiebung im Wahlkampf bedingt. Waren zuvor typische Landesthemen wie Bildung (das Topthema bei der FES-Befragung im August 202013, im Januar 2022 mit 20 % noch auf Platz 3) oder Infrastruktur (Januar 2022: Platz 2 mit 22 %) besonders bedeutsam, so hat der russische Angriff auf die Ukraine den Themenfokus hin zu Fragen der Energiewende und des Klimaschutzes verschoben. In der Nachwahlbefragung nannten je 16 % diese beiden Themen als wichtigste Herausforderungen für Schleswig-Holstein, womit fast ein Drittel der Befragten Themen nannte, für die den Grünen die größte Kompetenz zugeschrieben wird. Auch das lange Zeit dominierende Thema Corona (im Januar 2022 mit 27 % das Problem Nummer 114) verlor bis zur Wahl drastisch an Bedeutung. Stattdessen dominierten in der Nachwahlbefragung vier von fünf Themen mit Bezug zum Krieg in der Ukraine. Allein die Bildungspolitik blieb als landespolitisches Thema relevant.



Die energiepolitischen Diskussionen nach Beginn des Kriegs in der Ukraine zeigten zudem einen breiten Konsens aller demokratischer Parteien für den Ausbau erneuerbarer Energien und mehr Anstrengungen für den Klimaschutz. Eine kontroverse Wahlkampfauseinandersetzung über Fragen der praktischen Umsetzung, die die SPD angestrebt hatte, war angesichts dieses breiten Konsenses nicht möglich.

¹² Vgl. die beiden Vorwahlumfragen des NDR vom 10. M\u00e4rz (https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-hol-stein/landtagswahl_2022/NDR-Umfrage-in-SH-CDU-legt-zu-SPD-und-Gruene-gleichauf,umfrage1282.html) und vom 21. April (https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/landtagswahl_2022/NDR-Umfrage-in-SH-CDU-vor-SPD-und-Gruene-Abstand-waechst,umfrage1294.html) [zuletzt eingesehen am 31.5.2022].

¹³ Vgl. Christoph Döbele, Sophia Schmid. Was will der Norden? Einstellungen zu Politik und Politikideen in Schleswig-Holstein. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Hamburg 2021, S. 10.

¹⁴ Die Zahlen aus dem Januar 2022 stammen aus dem "Schleswig-HolsteinTrend" von infratest dimap im Auftrag des NDR: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/schleswig-holstein/laendertrend/2022/januar/ [zuletzt eingesehen am 8.6.2022].

Schwierige Oppositionsrolle in Pandemiezeiten

Von März 2020 bis März 2022 dominierte die Corona-Pandemie die politische Agenda, natürlich auch in Schleswig-Holstein. Mit Beginn der Pandemie bezog die Landesregierung die SPD-Fraktion in ihre Pläne zur Pandemiebekämpfung ein. So konnte die SPD trotz der Oppositionsrolle durchaus eigene politische Akzente setzen – beispielsweise beim umfangreichen Nachtragshaushalt 2021. Zugleich entstand aber für viele Bürger_innen der Eindruck einer "Allparteienregierung" in Pandemiezeiten und die Profilierung der SPD als Regierungsalternative litt stark. Entsprechend sieht der Politologe Wilhelm Knelangen in der Nominierung Thomas Losse-Müllers als des designierten Spitzenkandidaten im August 2021 einen "Neustart der SPD als Oppositionspartei". In der Rückschau sei dieser Neustart zu spät erfolgt, sagte Sönke Rix bei der FES-Wahlanalyse am 12. Mai.

Umso mehr versuchte die SPD, sich im beginnenden Wahlkampf als politische Alternative zu profilieren. Das Regierungsprogramm ist ambitioniert und positiv hervorzuheben ist, dass die SPD es in vielen Dialogen mit wichtigen Akteur_innen der Gesellschaft entwickelt hat, darunter Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs. Ab Jahresbeginn 2022 kommunizierten die SPD und vor allem ihr Spitzenkandidat viele politische Vorhaben, die fast immer gut begründet werden konnten: kostenfreie Kita, Mietpreisbremse und Wohnungsbauoffensive, Digitalisierung der Schulen, Landesvergabegesetz, Klimaschutz und mehr. Allerdings torpedierte die Entscheidung der CDU, in erster Linie einen Personenwahlkampf zu führen, den Wettstreit um politische Ideen. So gelang es der Partei, sich durch die Hervorhebung des beliebten und präsidial agierenden Spitzenkandidaten einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den politischen Mitbewerber_innen weitgehend zu entziehen. Eine thematische Zuspitzung zwischen regierungsführender und herausfordernder Partei ist nicht entstanden.

Dass die SPD bei der Kompetenzzuschreibung durch die Bürger_innen im Vergleich zu 2017 "abgerauscht" (W. Knelangen) ist, erscheint angesichts der Themenfülle und des sorgfältig erarbeiteten Programms unfair. Dennoch nützt es nichts, die Wähler_innen zu kritisieren, sondern deren Wahrnehmung – die immer eine Kombination aus der Wahrnehmung der bundes- und jener der landespolitischen Performance einer Partei bedeutet – ist als solche ernst zu nehmen.

Fehlende Machtoption jenseits der CDU

Ein weiterer demobilisierender Faktor im Wahlkampf war die fehlende Machtoption einer Koalition ohne die CDU. Angesichts der klaren Präferenz der FDP für die Fortsetzung einer Zusammenarbeit mit der CDU war eine SPD-geführte Ampelkoalition von Beginn an unwahrscheinlich. Eine Neuauflage der "Küstenkoalition" aus SPD, Grünen und SSW erschien nach den Umfragen ebenfalls nie besonders wahrscheinlich. Die im Frühjahr 2022 mäßigen Umfragewerte der SPD bestärkten den Eindruck, dass der nächste Ministerpräsident in jedem Fall wieder Daniel Günther sein wird. Infolge dieser Entwicklung rückten die drei Partner_innen der sogenannten Jamaika-Koalition im Wahlkampf enger zusammen, gut zu beobachten im TV-Triell am 4. Mai, als Losse-Müller de facto allein Günther und Heinold gegenüberstand, die einander häufig argumentativ unterstützten. Entsprechend fokussierte sich die mediale Berichterstattung in der heißen Wahlkampfphase auf die Frage, ob das Land in Zukunft schwarz-grün oder schwarzgelb regiert wird, was die Aufmerksamkeit weiter von der SPD ablenkte.

Generell sind Wahlergebnisse für Parteien ohne eigene Machtoption schwach und liegen meist unter den letzten Umfrageergebnissen. Diesen Effekt kennt die SPD unter anderem aus dem Bundestagswahlkampf 2017, es ließe sich als Beispiel aber auch die CDU-Kampagne zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2020 anführen, in der Unionskandidat Marcus Weinberg nie eine demoskopische Aussicht besaß, erster Bürgermeister zu werden.

Einige Schlussfolgerungen

Die Kernkompetenzen von Parteien bleiben wichtig

Zwar hat die SPD im Wahlkampf immer wieder betont, nur mit ihr werde Schleswig-Holstein sozial regiert, diese Botschaft ist aber nur bei einem kleinen Teil der Wähler_innen angekommen. Zwar erreicht die SPD bei der Kompetenzzuschreibung für soziale Gerechtigkeit mit 30 % noch den Spitzenplatz. Dieses Ergebnis ist aber vergleichsweise schwach, blickt man auf die der CDU zugeschriebene Kompetenz bei der Kriminalitätsbekämpfung (46 %) und in der Wirtschaftspolitik (42 %) sowie auf den Wert der Grünen beim Thema Klimaschutz (56 %).

<u>Der Wahlkampf klassischer Volksparteien braucht</u> <u>eine Machtoption</u>

Mehrere Wahlen haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass CDU und SPD als Parteien, die in der Geschichte der Bundesrepublik in den allermeisten Fällen die Regierungschef_innen gestellt haben, ohne realistische Option auf die Staatskanzlei oder das Kanzleramt empfindliche Niederlagen erleiden (die CDU in Hamburg 2020, die SPD in Schleswig-Holstein 2022, die SPD auf Bundesebene 2017). Entsprechend wichtig ist für alle Parteien die eigene Koalitionsfähigkeit in einem ausdifferenzierten und regional sehr verschieden ausgeprägten Parteiensystem.

Wichtiger denn je wird für Parteien zudem die Anschlussfähigkeit an zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen sowie die aktive Zusammenarbeit mit ihnen, zur Gewinnung von Multiplikator_innen für die eigene Sache. Dies gilt, obwohl es im aktuellen Fall der SPD Schleswig-Holstein an der Wahlurne nicht entscheidend genützt hat, dass sie im Vorfeld der Wahl gezielt Dialoge mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen gesucht hat.

Es kommt auf Personen an

Viele Wahlen der jüngeren Vergangenheit haben gezeigt, welch große Bedeutung Spitzenkandidat_innen haben: Anke Rehlinger im Saarland, Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz, Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg, über viele Jahre Angela Merkel auf Bundesebene. Entsprechend wichtig ist die Auswahl von Spitzenkandidat_innen seitens der Parteien und deren Profilierung. Bekanntheit ist dabei fraglos ein Faktor, aber auch die Kompetenzzuschreibung und der Sympathiewert einer Person müssen aus Sicht der sie nominierenden Partei möglichst hoch sein. Eine langfristige Strategie dafür ist keine Erfolgsgarantie, erhöht aber die Erfolgswahrscheinlichkeit eines Wahlkampfes.

Volksparteien sind immer noch da

Der Abgesang auf die Volksparteien wird seit Jahrzehnten angestimmt. Er ist angesichts von aktuellen Wahlergebnissen jenseits der 40 % für die SPD im Saarland und für die CDU in Schleswig-Holstein unangebracht. Volkspartei zu sein, meint aber nicht allein, bei einer Wahl viele Stimmen zu gewinnen. Vielmehr geht es darum, flächendeckend präsent, sozial vielfältig sowie in allen Politikfeldern aktiv zu sein. Dies bedeutet für Parteien, die den Anspruch erheben, Volksparteien zu sein, Regionen zu identifizieren, in denen sie schwach vertreten sind, gezielt Mitglieder und Funktionsträger_innen zu fördern, die bisher unterrepräsentierte Teile der Gesellschaft in den Parteien sichtbar machen, und immer wieder Politikvorschläge eingedenk der Probleme zu entwickeln, die aus Sicht der Bürger_innen Lösungen erfordern.

Links und Quellen

Das amtliche Wahlergebnis der Landtagswahl vom 8. Mai 2022: https://www.landtagswahl-sh.de/.

Forschungsgruppe Wahlen: Kurzanalyse Schleswig-Holstein: https://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Schleswig-Holstein/.

Tagesschau: Themenseite zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-05-08-LT-DE-SH/index-content.shtml.

Infratest dimap: Umfragen und Analysen Schleswig-Holstein (mit Links zu den Vorwahlumfragen im Auftrag des NDR): https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/schleswig-holstein/.

Christoph Döbele, Sophia Schmid: Was will der Norden? Einstellungen zu Politik und Politikideen in Schleswig-Holstein. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Hamburg 2021: https://www.fes. de/julius-leber-forum/artikelseite-julius-leber-forum/was-will-der-norden.

Zusammenschnitt der FES-Diskussion mit Prof. Dr. Wilhelm Knelangen und Sönke Rix, MdB, am 12.5.2022: https://soundcloud.com/user-403206574/folge-58.

Viola Neu, Jochen Roose: Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai 2022. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung: https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/wahlanalyse-derlandtagswahl-in-schleswig-holstein-am-08-mai-2022.

Der Autor

Dr. Dietmar Molthagen

leitet das Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung und realisiert mit seinen Kolleg_innen ein thematisch und methodisch vielfältiges politisches Bildungs- und Beratungsprogramm in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Zuvor (2012–2018) hat er die Arbeitsbereiche Integration und Teilhabe, Religion und Politik sowie die empirische Sozialforschung im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung verantwortet und das Thüringer FES-Landesbüro geleitet (2009–2012).

Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratie- und Teilhabeförderung, Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sowie politische Kommunikation in Theorie und Praxis. Er studierte Geschichte, Politik und Evangelische Theologie an den Universitäten Hamburg und Leicester, promovierte im Fach Geschichte und ist nebenberuflich Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Impressum

ISBN 978-3-98628-195-3

<u>Herausgegeben vom</u> Julius-Leber-Forum · Friedrich-Ebert-Stiftung Schauenburgerstr. 49 · 20095 Hamburg

<u>Bestellung/Kontakt:</u> hamburg@fes.de Informationen zum politischen Bildungsangebot in Norddeutschland finden Sie unter https://www.fes.de/julius-leber-forum/

<u>Autor:</u> Dietmar Molthagen

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind die des Autors und nicht die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

<u>Lektorat:</u> Niklas Wünsch <u>Gestaltung:</u> Typografie·im·Kontext, Berlin <u>Titelfoto:</u> Picture Alliance

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2022

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.



Julius-Leber-Forum